

Agenda 2011-2012. Angela Merkel will im Dezember den Parteivorsitz abgeben

29.10.2018, 15:05 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *Agenda 2011 - 2012*

Presseagentur: *Agenda News ONLINEZEITUNG*



Pressebericht Nr. 664

Angela Merkel will laut Presseberichten im Dezember auf den Bundesvorsitz der CDU verzichten und sieht in Friedrich März ihren Nachfolger. Sie zieht damit erste Konsequenzen aus den Wahlniederlagen.

Lehrte, 29.10.2018. Die Wähler wollen, dass die Regierenden die Probleme lösen - nicht Regierende, die Probleme schaffen: Das ist die wichtigste Lehre aus den Wahlen in Bayern und Hessen. Sie haben eine bessere Regierung verdient als die gegenwärtige. Die negative Entwicklung begann 1969, als die Regierungen unter Brandt, Schmidt, Kohl, Schröder und Merkel rund 2.050 Mrd. Euro mehr ausgegeben haben, als der Staat eingenommen hat.

Sie haben zusätzlich hunderte Milliarden Euro Staatseinnahmen aus dem Lastenausgleich, Länderfinanzausgleich, dem Soli und der Erhöhung der Mehrwertsteuer von 15/7 % (1993) auf 19/7 % (2007) verbraten - und das geht weiter so. Damit nicht genug. Helmut Kohl hat 1989 die Senkung der Lohnsteuer von 56 auf 42 % auf den Weg gebracht, 1991 die Börsenumsatzsteuer ersatzlos gestrichen und 1997 die Vermögensteuer "ausgesetzt". Kohl, Schröder und Merkel haben dadurch auf rund weitere 1.300 Mrd. Euro Steuereinnahmen verzichtet, die für Investitionen verloren gingen und gehen.

Schröder ging mit Agenda 2010 noch einen Schritt weiter und führte Dumpinglöhne, Leiharbeit, Minijobs und Zeitarbeit ein. Er schickte einen großen Teil der Beschäftigten, mit fallender Bemessungsgrenze für Renten bis 2040 auf 43 %, in Altersarmut. Heute wollen Partnerstaaten diese "Errungenschaften" auch, um wettbewerbsfähiger zu werden. Kohl und Schröder haben Deutschland zum Niedriglohnland und Niedrigrentenland Nummer 1 in der EU gemacht.

Das Bundesverkehrsministerium hat einen "Bundeswegeplan" beschlossen, der in den kommenden 13 Jahren Investitionen bis 290 Mrd. Euro vorsieht oder 22,3 Mrd. Euro pro Jahr. Hinzu kommt eine Zusage gegenüber der EU und NATO, die Verteidigungsausgaben auf 2 % des BIP zu erhöhen. Das belastet den Resthaushalt bis 2028 mit über 300 Mrd. Euro zusätzlich. Es ist an der Zeit diese Willkür zu beenden. Deutschland gilt als reiches Land, hat aber kein

angespartes Vermögen, sondern ist nach der Schuldenquote von 64 % mit 4 % vom BIP oder fast 150 Mrd. Euro überschuldet. Deutschland hat außergewöhnliche Einnahmenverluste.

Diese Entwicklung spielt offenbar für die Regierung, Parlamentarier, Ökonomen, Wirtschaftswissenschaftler, Wirtschaftsweisen, Unternehmerverbände, Reichen, Experten und Berater keine Rolle. Sie verdrängen, dass bis 2040 in Deutschland rund 20 Millionen Arbeitsplätze verloren gehen (Arbeit 4.0) und damit fast die Hälfte der Arbeitgeberzulagen zum Lohn und die Sozialabgaben der Beschäftigten inklusiv Lohnsteuern wegbrechen. Und das bei einem Investitionsstau laut Presseberichten von 1.400 Mrd. Euro.

Sie diskutieren an den Einnahmeverlusten vorbei. Fehlendes Kapital hat dazu geführt, dass der Anteil von Sozialwohnungen seit 2006 von 2,1 Millionen auf 1,2 Mio. Wohnungen gesunken ist. Gleichzeitig sind die Mietpreise im freien Wohnungsmarkt um 14,2 % und für Wohnimmobilien um 21,2 % gestiegen. Die Herausforderungen sind: bezahlbare Grundstücke zu finden, um preiswert bauen zu können, Verträge zur Mietpreisbindung nicht auslaufen und kündigen lassen, ein Verbot zur Umwandlung des Wohnraums in Eigentumswohnungen und Mietpreisbremsen im Rahmen der gültigen Mietspiegel

270.000 Kinder unter 3 Jahre warten auf einen gesetzlich zugesagten Kindergartenplatz. Die Infrastruktur, Kindergärten, Schulen, öffentliche Gebäude. Straßen, Brücken, Wasserwege, Bildung und Ausbildung, Digitalisierung, sozialer Wohnungsbau usw. sind in einem teilweise maroden und antiquierten Zustand.

Der Anteil von Sozialwohnungen ist seit 2006 von 2,1 Millionen auf 1,2 Mio. Wohnungen gesunken. Gleichzeitig sind die Mietpreise im freien Wohnungsmarkt um 14,2 % und für Wohnimmobilien um 21,2 % gestiegen. Die Herausforderungen sind: bezahlbare Grundstücke zu finden, um preiswert bauen zu können, Verträge zur Mietpreisbindung nicht auslaufen und kündigen lassen, ein Verbot zur Umwandlung des Wohnraums in Eigentumswohnungen und Mietpreisbremsen im Rahmen der gültigen Mietspiegel. Es fehlen 270.000 Kindergartenplätze für Kinder unter 3 Jahren. Das zieht sich wie ein roter Faden durch die Versäumnisse und das Aussitzen von Problemen durch die letzten Jahrzehnte der Regierungen.

Deutschland wird die Krise nur überwinden, wenn die Zivilgesellschaft, insbesondere Reiche, Dienstleister (70 % vom Bruttoinlandsprodukt) und Produzenten (30% vom BIP), angemessen an den Kosten des Staates beteiligt wird. Wie die Lösung im Einzelnen aussehen kann zeigt Agenda 2011-2012: Bereits im Mai 2010 wurde der Öffentlichkeit im Internet ein Sanierungskonzept zur Diskussion angeboten, das mit einem aktuellen Finanzrahmen von 275 Mrd. Euro für ausgeglichene Haushalte und Rückführung der Staatsschulden steht.

Dieter Neumann

Pressekontakt:

Agenda News ONLINEZEITUNG
Herr Dieter Neumann
Ahlthener Straße 25
31275 Lehrte

fon ..: 05132-52919
web ..: <http://www.agenda2011-2012.de>
email : info@agenda2011-20012.de

Portrait

Agenda 2011-2012 wurde im Mai 2010 gegründet und ist ein globales Konzept gegen Finanzkrisen. Der Öffentlichkeit wurde parallel dazu im Internet ein Sanierungskonzept mit einem jährlichen Finanzrahmen von 275 Milliarden Euro zur Diskussion angeboten, das für ausgeglichene Haushalte und Rückführung der Staatsschulden steht. Das Gründungsprotokoll ist 2010 als Sachbuch erschienen und aus Authentizitätsgründen in der Staatsbibliothek Berlin hinterlegt.

Agenda News ist das Presseorgan von Agenda 2011-2012. Presseberichte von Agenda News sind Spots zum Sachbuch Agenda 2011-2012 "Protokoll einer Staatssanierung - Wege aus der Krise", Dieter Neumann, Books on DEMAND-Verlag Mai 2016. Fazit: "Die Krise wird nur mit einer angemessenen Beteiligung aller Gesellschaftsschichten, Reichen, Dienstleistern (65 % vom BIP) und Produzenten (35 % vom BIP) an den Staatskosten überwunden."

News-ID: 1024463 • Views: 511 (Stand: 08.08.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/1024463/Agenda-2011-2012-Angela-Merkel-will-im-Dezember-den-Parteivorsitz-abgeben.html>